

Morgenbl. allein: monat. K 2.—
 vierteljährlich 18.—
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen
 bei täglich zweimaliger Zustellung
 monatlich K 2.—
 vierteljährlich 24.—
 Morgenblatt, Wiener Stimmen
 und Neues Montagblatt
 monatlich K 2.—
 vierteljährlich 27.—
 Redaktion, Verwaltung,
 Druckerei: Wien, VIII. Strass-
 gasse Nr. 8. Fernsprecher 18870,
 18082, 22641. Postpartassentonto
 Oesterreich 20056, Ungarn 2,
 Bosnien-Herzegowina 744. —
 Stadtanweiskstelle: I. Schulter-
 strasse 11. Fernsprecher: 2928.
 Einzelgen.-Annahme: Wien,
 VIII. Strassg. 8. Fernsprecher
 18870, 18082, 22641. Wien, I.
 Schulterstrasse 11. Fernsprecher
 2928, 2974.
 Drahtadresse: Heroldverlag Wien

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

Morgenbl. allein: monat. K 2.—
 vierteljährlich 18.—
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen
 monatlich K 2.—
 vierteljährlich 24.—
 Morgenblatt, Wiener Stimmen
 und Neues Montagblatt
 monatlich K 2.—
 vierteljährlich 27.—
 Bei täglich zweimaliger Post-
 versendung
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen
 monatlich K 2.70
 vierteljährlich 29.—
 Morgenblatt, Wiener Stimmen
 und Neues Montagblatt
 monatlich K 2.70
 vierteljährlich 29.—
 Für Deutschland:
 Morgenblatt allein:
 vierteljährlich K 20.—
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen
 vierteljährlich K 20.—

Nr. 317

Wien, Sonntag, den 24. August 1919

XXVI. Jahrgang

Rücktritt der Budapester Regierung.

Arbeiterräte und Staats- verwaltung.

Von Stadtrat Dr. Viktor Kienböck.

Unsere demokratische Republik ist nicht viel mehr als ein halbes Jahr alt. Das ist sehr wenig. Wem es mit positiven politischen Zielen für unser armes, schwergeprüftes Volk Ernst ist, der muß alles daran setzen, um die Grundlagen unseres neuen Gemeinwesens fester und fester im öffentlichen Vertrauen zu verankern. Hierzu gehört vor allem, daß wir uns von jedem Abenteuer fern halten. Unsere Politik sollte sich vor allen Elementen hüten, denen man es auf hundert Schritte ansieht, wie sehr sie auf irgend einen neuen Umsturz spekulieren, einen Umsturz, der zu einer kurzen Glorie für einige Personen führen würde, die Allgemeinheit aber sicher noch tiefer ins Unglück hineinreißen müßte. Insbesondere wer mit der Idee einer Räte-regierung liebäugelt, sollte als Funktionär eines demokratischen Staates unmöglich sein.

Der weitaus größte Teil der deutschösterreichischen Bevölkerung schreckt vor jedem Experiment, vor allen gewalttätigen und gewaltsamen Schritten zurück. Dieses negative Bewußtsein ist allgemein. Was aber weniger allgemein ist, ist bisher leider die Erkenntnis, daß wir einer folgerichtigen Vertiefung der demokratischen Grundsätze noch sehr bedürfen, wenn uns verhängnisvolle weitere Umwälzungen erspart bleiben sollen. Die demokratischen Grundsätze erheischen **Mitarbeit** der Bevölkerung an allen Aufgaben des öffentlichen Lebens und zwar Mitarbeit an den neuen rein demokratischen, vom Gesetze gewiesenen Formen.

Wir wüßten alle reges Interesse für die positiven Arbeiten der demokratischen Politik gewinnen und empfindlich sein für alles, was diese Arbeiten stören kann. Sie sind ja schwer genug.

Zu den Zielen, die unserer Politik gestellt sind, gehört in erster Linie die Ausarbeitung der Verfassung des neuen Staates. Diese Aufgabe ist die oberste der „konstituierenden“ Nationalversammlung, sie hat ihr ja

den Namen gegeben. In dem Gange und Bange um die Friedensbedingungen droht das fast in Vergessenheit zu geraten. Während im Deutschen Reich die grundlegende Arbeit der Verfassungsgebung schon geleistet ist, stehen wir noch vor den Anfängen. Unsere jetzige skizzenhafte Verfassung reicht auf die Dauer nicht aus. Das Verhältnis des Staates zu den Ländern ist unklar. Aber die Klärung schreitet nicht vor. Diese Lässigkeit schädigt den Gedanken der Demokratie. Sie gibt der gefährlichen, vergiftenden Vorstellung Raum, daß bei der Republik „doch nichts herauskomme“. Anstatt die schaffenden Kräfte zu fördern, lähmen wir sie durch die Untätigkeit in einem so ausschlaggebenden Punkte.

Als zweitwichtigste Aufgabe obliegt dem Staat eine gründliche Reform der Verwaltung. Hier handelt es sich aber nicht darum, die eigentliche Staatsverwaltung und die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden zu verknüpfen oder zu vereineitlichen — ein Problem, dessen Lösung noch kaum eingeleitet wurde — sondern auch um die weitere Aufgabe, unsere höchst unzulängliche Verwaltung endlich zu verbessern. Die mangelnde Tüchtigkeit und mangelnde Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Oesterreich ist mit Recht als eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs bezeichnet worden. Die Bureaufkratte hat uns fast ausschließlich regiert und sie hat versagt. Der beste Wille und Fleiß vieler einzelner Beamter blieb in einem grundverfehlten System ohne Erfolg. Das ist aus Anlaß des Zusammenbruchs oft und laut genug ausgesprochen worden. Ist es aber jetzt besser geworden? Geht man überhaupt ernstlich daran, Hand ans Werk der Verbesserung zu legen? Ist irgend etwas geschehen, um die schreiendsten Mängel abzustellen? Die Frage muß leider vereint werden. Die Aufgaben, die der Verwaltung hinsichtlich des Gewerbewesens, des Wohnungswesens, der Finanzverwaltung, des Ernährungswesens, des Verkehrs, der Bekämpfung des Schleichhandels usw. obliegen, werden nach wie vor äußerst mangelhaft erfüllt. Die gewissenhaften Kräfte in der Verwaltung spüren und sagen es selbst. Es ist sogar vielfach weit schlechter geworden als es früher war. Die Instanzen, die Kompetenzen häufen sich mehr und mehr, die Amtsräume werden zahlreicher als je, die Schwerfälligkeit wächst, die Dämung

jedes einzelnen Funktionärs durch zahlreiche andere nimmt zu, die Verordnungen türmen sich immer noch höher, der Geist der Verwaltung ist papierener als je. Mehr als jemals hat die Bevölkerung den Eindruck, daß dieser Buß an Aemtern in keiner Weise dem Wohl der Dessenlichkeit dient, vielmehr jede vernünftige Maßregel unmöglich macht. Die Last, mit der das alles auf das Volk drückt, schwillt immer mehr an und droht uns zu erdrücken.

Hier liegt eine stete Quelle der Erbitterung für die weitesten Kreise. Aus dieser Stimmung sind die vielfachen Uebergriffe der Arbeiterräte zu erklären. Der theoretische Gedanke des Klassenkampfes hat gewiß auch bei uns manche Gläubige. Die in ihm ruhenden Gefahren sind nicht zu unterschätzen. Aber ein viel wirksameres Argument für die Tätigkeit der Arbeiterräte bietet die nur zu nahe liegende Kritik der bestehenden legitimen Verwaltung. Das Bedürfnis, mit den empörendsten Mißbräuchen des Schleichhandels, des Wuchers, der Verschwendung via facti auszuräumen, spielt ganz gewiß eine Hauptrolle. Um nur irgendwie die in den Aemtern vermiste Energie zu ersetzen, tauchen alle diese neuen Organe auf. Weil die notwendige Reform ausbleibt, macht sich die Unzufriedenheit in ungeordneten Vorstößen der Arbeiterräte Luft. Wie verhält sich nun all dem gegenüber die herrschende sozialdemokratische Partei? Hat sie sich ernstlich zum Ziele gesetzt, die ihr zugefallene Macht zur Verbesserung der Verwaltung zu benutzen? Hat sie einen Finger gerührt, um wirksame Abhilfe gegen die Mißstände unserer Verwaltung zu schaffen, über die sie zu einer Zeit lebhaft klagte, als sie noch viel weniger arg waren? Es wird schwer fallen, die Frage zu bejahen. Zumindest wird der Beweis für die Bejahung schwer sein. Die Sozialdemokratie scheint vielmehr bloß von der Neigung geleitet zu sein, dem Unwesen der Arbeiterräte weiteren Vorschub zu leisten. Statt die legitimen behördlichen Einrichtungen zu verbessern, ihre Energie dort zu stärken wo es not tut, läßt sie die Behörden und Aemter vor den Arbeiterräten zurückweichen, ihnen das Feld räumen. Ist das übler Wille oder Schwäche? Vielleicht bei manchen das eine, bei vielen das zweite.